

Wenn etwas fehlt, dürfen Sie das Fehlende dazwischenrufen lin-
nen, Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft, Arbeit und Soziales,
Jugend und Sport, Gesundheit, Umwelt, Post, Bauwesen, Bil-
dung, Kultur, Presse und Medien, Handel und Tourismus.

Wer mit dieser Erweiterung der Zuweisung einverstanden ist
und sie wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist da-
gegen? - Stimmenthaltungen? - Der Erweiterungsantrag ist
mehrheitlich angenommen.

Damit ist der Überweisungsantrag überhaupt angenommen,
denn es war ja nicht beantragt, daß ein Gegenantrag gegen den
Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform, den
Rechtsausschuß und den Haushaltsausschuß gestellt wird.

Die Federführung hat der Ausschuß für Verfassung und Ver-
waltungsreform.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie auf die Uhr gucken, wer-
den Sie hoffentlich geneigt sein, dem Vorschlag des Präsidiums
zu folgen, die heutige Arbeit abzuschließen durch die Behand-
lung des Tagesordnungspunktes 9, den ich nunmehr aufrufe. Es
handelt sich um die 2. Lesung des vom Ministerrat eingebrach-
ten...

(Zurufe aus der CDU/DA-Fraktion: Es fehlt die Abstimmung
zur Überweisung an die anderen Ausschüsse!)

~~was~~ eigentlich mit darüber abgestimmt. Aber wir machen
es genau. Ich stelle nochmals zur Abstimmung den Präsi-
diums Antrag: Der Gesetzentwurf auf Drucksache Nr. 84 wird
überwiesen zur federführenden Beratung an den Ausschuß für
Verfassung und Verwaltungsreform und zur Mitberatung an
den Rechtsausschuß sowie an den Haushaltsausschuß. Wer
damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. -
Das ist die Mehrheit. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? -
Das ist mehrheitlich oder vielleicht sogar einstimmig ange-
nommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt Nr. 9:

**Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Gesetz über die Preisbildung und die Preisüberwachung
beim Übergang zur sozialen Marktwirtschaft
(Preisgesetz)
(2. Lesung)
(Drucksache Nr. 62 a)**

Zur Einbringung nimmt das Wort der Vertreter des Wirt-
schaftsausschusses, Abgeordneter Lippmann. Ich bitte ihn dar-
um.

Lippmann, Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind schon
mehrfach zur Eile gemahnt worden. Ich habe die Absicht, mich
daran zu halten, und komme deshalb zum Schluß.

(Heiterkeit und Beifall)

Dem Wirtschaftsausschuß der Volkskammer der DDR, zu-
gleich federführend, lag der Entwurf des Gesetzes über die
Preisbildung und Preisüberwachung beim Übergang zur sozia-
len Marktwirtschaft - Preisgesetz -, Ihnen vorliegend in der
Drucksache Nr. 62 a, vor. Er bildet die rechtliche Grundlage für
die Regierung, ab 1. Juli 1990 grundsätzlich die bisher staatlich
festgesetzten Preise freizugeben. Das gilt - mit wenigen Aus-
nahmen - für alle Waren und Dienstleistungen. Zu den Berei-
chen, für die es zur sozial abgesicherten Lebenshaltung der Be-
völkerung, zeitlich befristet, noch staatliche Preisregelungen
geben wird, gehören unter anderem die Preise für Elektroenergie,
feste Brennstoffe, Gas, Wasser und Abwasser, Beförderungslei-
stungen, Mieten, Pachten sowie die Preise für Post- und Fern-
sprecheleistungen. Diese Preise werden auch weiterhin durch
den Staat subventioniert. Sie gelten grundsätzlich nur gegen-
über der Bevölkerung.

Dem Wirtschaftsausschuß lagen ferner die Entwürfe des
Ministerrates für Leitsätze zur Anwendung staatlicher Preisre-
gelungen beim Übergang zur sozialen Marktwirtschaft und der
Verordnung über die Aufhebung bzw. Beibehaltung von Rechts-
vorschriften auf dem Gebiet der Preise vor. Zuarbeiten oder Be-
denken der mitarbeitenden Ausschüsse Haushalt, Finanzen so-
wie Handel und Tourismus v?urden eingearbeitet oder einver-
nehmlich ausgeräumt. Der Wirtschaftsausschuß hat einstimmig
- ich bitte Sie, das zu bedenken, das kommt in einem Wirtschafts-
ausschuß nicht oft vor! - den Beschluß gefaßt, dem Gesetzent-
wurf, der die beiden zeitlich dringendsten Forderungen der
freien marktwirtschaftlichen Ordnung unter den Bedingungen
eines Übergangszeitraumes in der DDR legalisiert - nämlich
zum einen, die Preise freizugeben, zum anderen soziale, zeitlich
befristete Preisbindungen zu schaffen und zu überwachen, zu-
gestimmt. Der Wirtschaftsausschuß schlägt Ihnen deshalb vor,
der Drucksache Nr. 62 a Ihre Zustimmung zu geben. - Ich danke
Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Wir können zur Abstimmung kommen. Auch das Präsidium
empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache Nr. 62 a, unter Ver-
zicht auf eine Aussprache anzunehmen. Ich darf Sie darauf auf-
merksam machen, daß nach der Annahme des Staatsvertrages
auch der Termin des Inkrafttretens festgesetzt werden kann, es
ist der 1. Juli 1990.

Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, den bitte
ich um das Handzeichen. - Das ist die überwältigende Mehrheit.
Gegenstimmen? - Zwei sehe ich. Enthaltungen? - Der Entwurf
ist mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir jetzt alle unsere Kräfte
zusammennehmen und in der Freude auf das sichtbare Ende der
Sitzungen und ein Wochenende, könnte es uns gelingen, auch
noch Tagesordnungspunkte 6 zu erledigen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich nehme diesen freilich etwas spärlich ausgefallenen Beifall
doch als ein Zeichen ermüdeten Zustimmung.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 6:

**Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und So-
ziales:
Arbeitsförderungsgesetz (AFG)
(2. Lesung)
(Drucksache Nr. 58 a)**

Der Einbringer ist der Abgeordnete Altmann. Ich bitte ihn, das
Wort zu nehmen.

(Unruhe im Saal)

**Dr. Altmann, Berichterstatter des Ausschusses für Arbeit
und Soziales*:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt mir
schwer, in dieser Situation mich so kurz zu fassen, wie ich es
möchte. Die hohe Dringlichkeit dieses Gesetzes zur Arbeitsför-
derung ist außer Frage. Der 1. Juli steht vor der Tür. Ein Mann,
der tausend Mann Belegschaft hat, steht vor der Tatsache, daß
ein entsprechender Betrieb im Westen mit der halben Beleg-
schaft das Doppelte leistet.

Es hat sich bei der Bearbeitung dieses Papiers gezeigt: Versu-
chen wir das elementare Recht auf Arbeit - ich verzichte jetzt,
die Papiere noch einmal vorzulesen - durchzusetzen, dann be-
harren wir bei dem Recht dieses Betriebs, weitere Schulden zu
machen, denn er ist inproduktiv, dann müssen wir bei den nied-